



25. März 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Koalitionsausschuss beschließt Entlastungspaket**
- **Einbringung des Bundeshaushalts 2022**
- **Etat des Gesundheitsministeriums beraten**
- **Treffen mit dem Deutschen Bauernverband**
- **Besuch im Bundesministerium der Justiz**
- **Bilder der Woche**

Koalitionsausschuss beschließt Entlastungspaket

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten drastisch verschärft. Die stark steigenden Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Menschen zu einer großen Belastung geworden.

Die Ampelkoalition hat sich auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Entlastung der Mitte der Gesellschaft verständigt. Wir unterstützen unbürokratisch und schnell bei der Bewältigung der gestiegenen Kosten insbesondere in den Bereichen Mobilität, Wärme und Ernährung.

Diese Entlastungen kommen zusätzlich zu den bereits beschlossenen Maßnahmen wie die Unterstützung zur Senkung der Stromkosten durch die vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage ab dem 1. Juli 2022, die Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages sowie des Grundfreibetrages und der Fernpendlerpauschale, der verdoppelte Heizkostenzuschuss für Empfänger von Wohngeld, BAföG, Bundesausbildungshilfe oder Ausbildungsgeld.

Wir wollen die Unabhängigkeit von russischen Energieimporten beschleunigen, indem wir mit verschiedenen Maßnahmen den Energieverbrauch senken, die Energieeffizienz steigern und unsere Energiequellen diversifizieren. Letztlich gewährleistet aber nur der maximale Ausbau der Erneuerbaren Energien unsere Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

+++
Weiteres Maßnahmenpaket beschlossen!
So entlasten wir Verbraucher:innen
+++

-  **300 Euro Energiepreispauschale für Erwerbstätige**
-  **90 Tage ÖPNV für 9 Euro pro Monat**
-  **200 Euro für Empfänger:innen von Transferleistungen**
-  **Familienzuschuss: 100 Euro pro Kind**
-  **Energiesteuer auf Kraftstoffe für 3 Monate runter**

SPD
Fraktion im Bundestag

Einbringung des Bundeshaushalts 2022

Mit einer Woche Verzögerung hat das Bundeskabinett den 2. Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2022 beschlossen. Damit konnten die Haushaltsberatungen im Parlament beginnen. Es sind Ausgaben in Höhe von 457 Milliarden Euro geplant. Gleichzeitig konnte die Bundesrepublik Steuereinnahmen in Höhe von 332 Mrd. Euro verzeichnen.

Mit dem neuen Haushalt möchte die Bundesregierung Stabilität sichern und Handlungsfähigkeit bewahren. Der Bundestag diskutierte in erster Lesung über den Haushalt. Der Haushaltsentwurf sieht für 2022 50,8 Mrd. Euro an Investitionen vor.

Aufgrund der Unsicherheiten während der Coronakrise sind viele Investitionen in den letzten zwei Jahren nicht getätigt worden. Hier soll nun laut Bundesfinanzminister Lindner nachgesteuert werden, um Deutschland zu einer klimaneutralen und digitalen Volkswirtschaft zu machen. Aber auch die Infrastruktur soll erneuert werden. Der Bundeshaushalt sieht insgesamt 20,5 Mrd. Euro für Verkehrsinvestitionen vor. Dadurch können Straßen, Brücken und das Schienennetz modernisiert werden.



Bild links: Esther Dilcher bei der Rede zum Haushalt des BMEL (Foto: Maurice Weiss)

In der Bundestagsdebatte sprach Esther Dilcher unter anderem zum Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL):

“Unsere politischen Entscheidungen sollen

unsere Landwirtschaft zukunftsfähig machen. Das bedeutet Veränderung. Aber wenn wir etwas einfordern, dann muss das auch entsprechend gefördert werden. Fast vier Milliarden Euro des Haushalts des BMEL sind Ausgaben für die Alterssicherung der Landwirte, die landwirtschaftliche Krankenversicherung und Zuschüsse zur

landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Selbstverständlich beschäftigt uns alle der schreckliche russische Angriffskrieg in der Ukraine. Dieser Krieg bedroht die Nahrungsmittelversorgung von Millionen Menschen weltweit. Die Ukraine gilt als Kornkammer Europas. Dank unserer Landwirte werden wir in Deutschland von Lieferengpässen von Weizen nicht betroffen sein, so der Bauernpräsident Joachim Rukwied.“

Die viertägige zweite Beratung des Haushalts im Plenum soll in der Sitzungswoche vom 31. Mai bis 3. Juni stattfinden.

Etat des Gesundheitsministeriums beraten

Die Debatte im Bundestag zum Etat des Bundesministeriums für Gesundheit (**BMG**) war nicht nur geprägt vom Einzelplan 15 für das BMG sondern Appellen, die nicht direkt etwas mit den geplanten Ausgaben zu tun hatten.

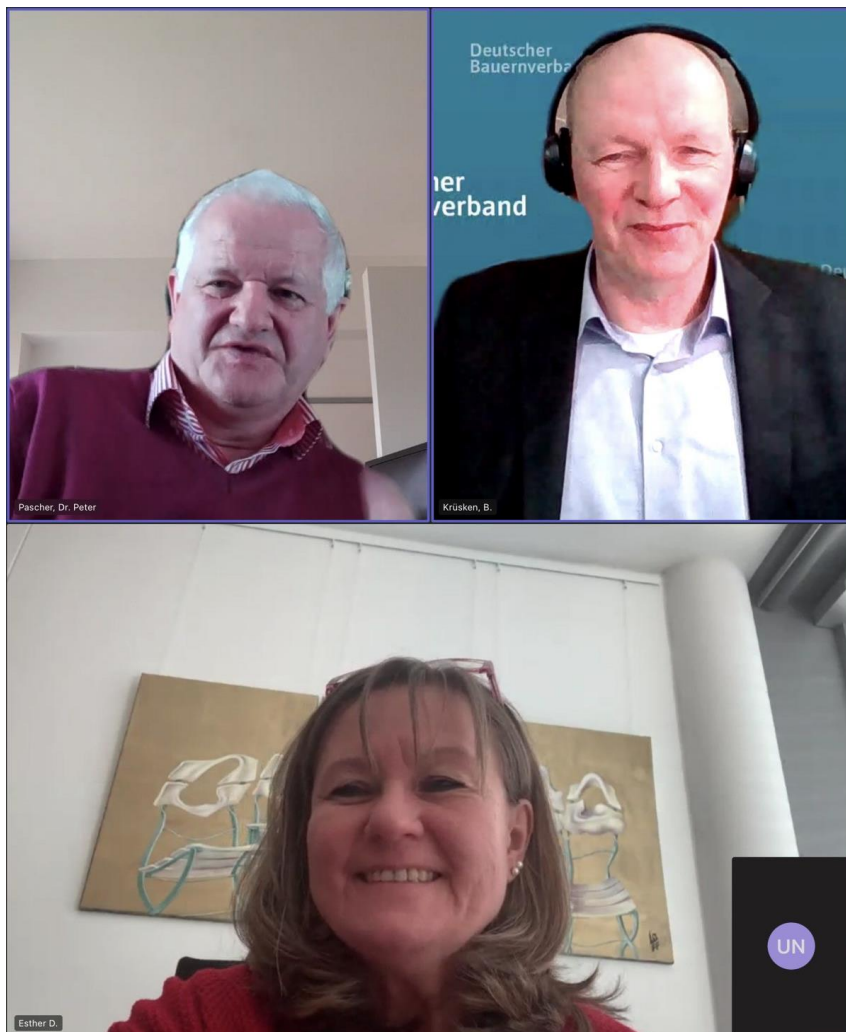
Der Bund will im laufenden Jahr fast 22 Milliarden Euro an den Gesundheitsfonds für spezielle Belastungen aus der Coronakrise überweisen. Im Einzelplan 15 waren im vergangenen Jahr dafür 13,48 Milliarden Euro geplant. Es ist jetzt ein ergänzender Bundeszuschuss in Höhe von 14,3 Milliarden Euro vorgesehen.

Zum Gesundheitsetat sagte **Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach**, das Geld werde dort eingesetzt, wo es gebraucht werde. Das seien zum Beispiel die Krankenhäuser, die die schwerste Last in der Pandemie getragen hätten. Auch müsse die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) stabilisiert werden. Eine Beitragserhöhung soll dabei eine von vier Säulen sein. Mit dem vorgesehenen Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, GKV-FinStG) sollen aber vor allem Kosten gesenkt werden.

In der Debatte rief Lauterbach die Länder bei anhaltend hohen Infektionszahlen auf, Möglichkeiten für eine stärkere Coroneindämmung zu nutzen. Es gelte zusammenzustehen, um durch die schwere Welle der Pandemie durchzukommen. Die Situation mit 200 bis 300 Toten pro Tag und aktuell 300.000 neuen Fällen am Tag könne nicht akzeptiert werden. Der Minister rief erneut zum Impfen auf. Denn es gebe klare Hinweise, dass eine Impfung das Risiko für Long COVID deutlich reduziere. Er appellierte ausdrücklich an CDU und CSU, einer allgemeinen Impfpflicht zuzustimmen.

Treffen mit dem Deutschen Bauernverband

Die Landwirtschaft ist ein zentraler Bereich der deutschen, aber auch der weltweiten Wirtschaft. Das zeigt nun wieder der schreckliche Krieg in der Ukraine mit seinen Folgen für die Nahrungsversorgung in Ländern, die einen Großteil ihrer Nahrungsmittel importieren. Am Montagmorgen traf sich Esther Dilcher mit dem Deutschen Bauernverband, um über die Chancen und Herausforderungen der Landwirtschaft sowie die Entwicklung der ländlichen Räume zu sprechen. Der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Bernhard Krüsken, und der Leiter des Fachbereichs Betriebswirtschaft & Ländlicher Raum, Dr. Peter Pascher, berichteten über die veränderten Herausforderungen der Tierhaltung und die Auswirkungen europäischer Richtlinien auf die Agrarpolitik.



Darüber hinaus tauschten sich Esther Dilcher und der Bauernverband auch über Zukunftsperspektiven und Planungssicherheit bei der Tierhaltung und die gezielte Förderung von ländlichen Räumen aus.

Nach dem Gespräch äußerte sich Esther Dilcher zur Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte:“ Die Landwirtschaft arbeitet in Deutschland hochmodern und äußerst effektiv. Doch es ist wichtig, dass sich diese Arbeit weiterhin lohnt und dass wir für unsere Landwirtinnen und Landwirte sichere Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung garantieren können.

Bild: Auch weiterhin finden die meisten Austausche digital statt. Hier mit Dr Peter Pascher und Bernhard Krüsken vom Deutschen Bauernverband.

Investitionen in eine ressourcenschonende und moderne Landwirtschaft müssen sich lohnen, aber es darf nicht zu einem Vergrößerungszwang für landwirtschaftliche Betriebe kommen. “

Besuch im Bundesministerium der Justiz

Am vergangenen Dienstag war Esther Dilcher als zuständige Berichterstatterin der SPD für den Haushalt des Bundesjustizministeriums bei Bundesminister Dr. Marco Buschmann zu Besuch.

Der Justizhaushalt beträgt mit 935 Millionen gerade einmal 0,2 % des gesamten Bundeshaushalts. Doch die Justiz ist eine der tragenden Säulen Deutschlands.

Esther Dilcher betonte die Bedeutung des Bundesjustizministeriums: „Ich hoffe, dass wir die



gute rechtspolitische Arbeit der vergangenen Jahre fortsetzen können. Erfreulicherweise hat der Haushalt des Justizministeriums mit 644 Millionen Euro eine hohe Deckungsquote.

Wir müssen gemeinsam mit dem Bundesjustizministerium wichtige Reformen in der Gesellschaftspolitik auf den Weg bringen und den Weg bereiten für eine moderne und digitale Justiz.“

Auf dem Bild ist Esther Dilcher im Gespräch mit Bundesminister Dr. Marco Buschmann.

Bild der Woche

Auf Vermittlung der
Kleinen Riesen
Nordhessen (Verein für
Palliativversorgung von
Kindern und Jugendlichen
in Nordhessen e.V.)

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-75113

esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27

34497 Korbach

Tel.: 05631-974712

www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26

34369 Hofgeismar

Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451 717950

www.edgarfranke.de



besuchte Aydin Chairetin-Oglou den Abgeordneten Dr. Edgar Franke und nahm an einer Sitzung des Deutschen Bundestages teil. Ein lang ersehnter Wunsch, den Deutschen Bundestag einmal zu erleben, wurde damit wahr.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 3 Maurice Weiss, Seite 5 Screenshot von Esther Dilcher, Seite 6 Esther Dilcher, Seite 7 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.